

**Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale
Angelegenheiten**
Sektion für öffentliche Verwaltung und
Entwicklungsmanagement

**Internationale Organisation der Obersten
Rechnungskontrollbehörden
(INTOSAI)**

Prüfung und Beratung durch ORKB: Chancen und Risiken sowie Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Sitzungsbericht der Expertengruppe

Sitzung der Expertengruppe

Bericht über das 22. VN/INTOSAI Symposium

*Prüfung und Beratung durch Oberste Rechnungskontrollbehörden (ORKB): Chancen und
Risiken sowie Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern*

5.-7. März 2013, Wien



**Vereinte Nationen
New York, 2013**



**INTOSAI
Wien, 2013**

DESA

Die Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen ist eine zentrale Schnittstelle zwischen globalen Politiken im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich und nationalen Maßnahmen. Die Abteilung agiert in drei miteinander in Verbindung stehenden Hauptbereichen: (i) sie erstellt und analysiert eine große Bandbreite an wirtschaftlichen, sozial- und umweltpolitischen Daten und Informationen, auf die sich Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beziehen, um gemeinsame Probleme zu betrachten und Optionen von möglichen Maßnahmen abzuwägen; (ii) sie erleichtert die Verhandlungen von Mitgliedsstaaten in vielen zwischenstaatlichen Organisationen zum Zwecke der gemeinsamen Vorgehensweise, um aktuellen oder neu aufkommenden globalen Herausforderungen zu begegnen; und (iii) sie berät interessierte Regierungen zu den Möglichkeiten, wie politische Rahmenvorgaben, die in Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen entwickelt worden sind, in Programme auf Länderebene umgesetzt werden können, und trägt durch technische Unterstützung dazu bei, nationale Sachkompetenzen auszubauen.

INTOSAI

Die Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) fungiert als eine Dachorganisation für die Gemeinschaft der externen Finanzkontrolle. Die INTOSAI stellt einen institutionalisierten Rahmen für Oberste Rechnungskontrollbehörden bereit, um Entwicklung und Wissenstransfer zu fördern, die externe Finanzkontrolle weltweit zu verbessern und fachliche Kompetenzen, das Ansehen und den Einfluss von Mitglieds-ORKB in ihren jeweiligen Ländern zu stärken.

Die INTOSAI ist eine autonome, unabhängige und unpolitische Organisation. Sie ist eine Nichtregierungsorganisation mit speziellem Status zum Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen.

Bemerkung

Die verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung der Inhalte in dieser Veröffentlichung beinhalten keinerlei Stellungnahme seitens des Sekretariats der Vereinten Nationen hinsichtlich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder eines Gebietes oder seiner obersten Behörden oder hinsichtlich des Verlaufes ihrer Grenzen.

Die Bezeichnungen "Industrieländer" und "Entwicklungsländer" dienen der statistischen Zweckmäßigkeit und implizieren nicht zwangsläufig eine Beurteilung des Entwicklungsgrades des betreffenden Landes oder Gebietes im Entwicklungsprozess.

Die Bezeichnung "Land", wie sie hier im Text dieser Veröffentlichung verwendet wird, bezieht sich gegebenenfalls auch auf Territorien oder Gebiete.

Die Bezeichnung "Dollar" bezieht sich für gewöhnlich auf den Dollar der Vereinigten Staaten (\$).

Die ausgedrückten Ansichten sind jene der einzelnen Verfasserinnen und Verfasser und beinhalten keinerlei Stellungnahme der Vereinten Nationen.

ST/ESA/PAD/SER.E/192

Veröffentlichung der Vereinten Nationen

Copyright © Vereinte Nationen, 2013

Alle Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	iii
1. Teil: Einleitung	1
2. Teil: Schwerpunktbeiträge.....	3
3. Teil: Unterthemen.....	5
Unterthema 1: Prüfung und Beratung durch ORKB: Anforderungen an und Chancen für die öffentliche Finanzkontrolle	5
Unterthema 2: Chancen und Risiken bei Prüfung und Beratung durch ORKB.....	10
Unterthema 3: Wirksamkeit und Transparenz von Prüfung und Beratung durch die Beteiligung von BürgerInnen.....	13
Schlussfolgerungen und Empfehlungen	16
Anhang 1: Bewertung.....	24
Anhang 2: Referate und Präsentationen	26
Anhang 3: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.....	28

Zusammenfassung

Ein moderner und wirksamer Ansatz von Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) zur Verbesserung des staatlichen Handelns erschöpft sich nicht im reinen Prüfen. Das ausschließlich nachträgliche Hinweisen auf Fehler und Missstände reicht für ORKB nicht mehr aus, um als wirksames Kontrollelement wahrgenommen zu werden.

Es gibt Möglichkeiten, die Auswirkungen der Prüfarbeit zu vertiefen und damit die Leistung der öffentlichen Verwaltung zu verbessern, die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (MDGs) sowie der international vereinbarten Entwicklungsagenda zu gewährleisten und zu beschleunigen und den Wert und Nutzen von ORKB sichtbarer zu machen.

Somit stellen Prüfung und Beratung zwei Seiten ein und derselben Medaille dar:

- Im Rahmen der – vergangenheitsbezogenen, faktenbasierten – Prüfung durch ORKB werden Problemfelder und Verbesserungspotenziale analysiert und identifiziert, und
- der zukunftsorientierte Beratungsansatz wird mit Empfehlungen zur Steigerung der Sparsamkeit und Effizienz des staatlichen Handelns und zur Verbesserung der Regierungsführung ergänzt und vervollständigt.

Viele ORKB haben einen solchen Beratungsansatz auf die eine oder andere Weise entwickelt. Es sind insbesondere Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die ORKB die Möglichkeit geben, Empfehlungen abzugeben und einen wirksamen Beratungsansatz zu entfalten. In Zukunft könnte dieser Aspekt der Arbeit von ORKB ein weiterer Eckpfeiler für die Wahrung von Rechenschaftspflicht, Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit in der internationalen Entwicklungsagenda sein.

Das 22. Symposium der Vereinten Nationen/Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (VN/INTOSAI) führte das relevante Wissen zusammen, das sowohl innerhalb als auch außerhalb der externen Finanzkontrolle angesiedelt war. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Schlussfolgerungen und Empfehlungen angenommen, welche die Unabhängigkeit von ORKB unterstützen, die Verbesserung der Prüfungs- und Beratungstätigkeit von ORKB fördern und die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie das Engagement von ORKB im Bereich der nachhaltigen Entwicklung stärken.

Unter Berücksichtigung des möglichen Einflusses und der Handlungsfelder von ORKB umfassten die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Symposiums insbesondere die Bedeutung der Unabhängigkeit von ORKB, neue Wege der Kommunikation, Grenzen zwischen interner und externer Kontrolle, die Zeitnähe von Prüfungen, Leistungsbemessung von ORKB und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Dieser Bericht umfasst sowohl die Beratungen als auch die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des 22. VN/INTOSAI Symposiums und dient als Referenz für ORKB und interessierte Parteien zur Verbesserung ihrer Prüfungs- und Beratungstätigkeit.

1. Teil: Einleitung

Das Symposium *Prüfung und Beratung durch ORKB: Chancen und Risiken sowie Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern* wurde gemeinsam von den Vereinten Nationen (VN) und der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) vom 5. Bis 7. März 2013 in Wien, Österreich, gehalten. Dieses Symposium war die 22. zweijährige Veranstaltung dieser Art, die in Zusammenarbeit mit der Sektion für öffentliche Verwaltung und Entwicklungsmanagement (DPADM) der Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen (DESA) und INTOSAI durchgeführt wurde.

149 Vertreterinnen und Vertreter sowie Expertinnen und Experten aus 68 ORKB aus Industrie- und Entwicklungsstaaten und anderen nationalen und internationalen Organisationen sowie ein hochrangiger Vertreter der Vereinten Nationen, der Unter-Generalsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, Wu Hongbo, nahmen am 22. VN/INTOSAI Symposium teil.

Margaret Saner, Vizevorsitzende des VN-Expertenausschusses für öffentliche Verwaltung (CEPA), eine fachliche Unterorganisation des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC); Elia Armstrong, Leiterin der Abteilung für Entwicklungsmanagement der DPADM; Egbert Kaltenbach, ehemaliger Direktor für Prüfung und Untersuchungen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Exekutivsekretär der Gemeinsamen Inspektionsgruppe der Vereinten Nationen (JIU) und Chief Auditor, Hoher Kommissar der VN für Flüchtlinge (UNHCR) und Leiter des Amtes der Vereinten Nationen für Interne Aufsichtsdienste (OIOS); sowie Vermittlerinnen und Vermittler aus anderen Ämtern der Vereinten Nationen, insbesondere aus dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), nahmen ebenfalls am Symposium teil.

Die Expertinnen und Experten, die insgesamt 20 Vorträge präsentierten, wurden von der INTOSAI, der UN DESA, der UN CEPA, der Republik Österreich, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), der südafrikanischen regionalen Vereinigung der Rechnungsprüfungsausschüsse (SADCOPAC) sowie den ORKB von Brasilien, Chile, Dänemark, Jamaika, Kamerun, Korea, Polen, der Russischen Föderation, Samoa, der Vereinigten Arabischen Emirate, der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) entsendet. Der technische Vorsitz wurde von A.K. Awasthi der ORKB von Indien geführt. Vertreterinnen und Vertreter der ORKB von China, Südafrika und der von der VN DESA geförderte Experte agierten als die jeweiligen Themenvorsitzenden der drei Unterthemen des Symposiums.

Die drei Unterthemen umfassten:

- Unterthema 1:** *Prüfung und Beratung durch ORKB: Anforderungen an und Chancen für die öffentliche Finanzkontrolle* – Vorsitz durch die ORKB von China
- Unterthema 2:** *Chancen und Risiken bei Prüfung und Beratung durch ORKB* – Vorsitz durch die ORKB von Südafrika
- Unterthema 3:** *Wirksamkeit und Transparenz von Prüfung und Beratung durch die Beteiligung von BürgerInnen* – Vorsitz durch die UN DESA

Das Symposium wurde mit zwei Impulsvorträgen des Generalsekretärs der INTOSAI, Dr. Josef Moser, und des Untergeneralsekretärs der Vereinten Nationen, Wu Hongbo, deren Zusammenfassung im zweiten Abschnitt unter Schwerpunktbeiträge zu lesen ist, eröffnet. Die ernannten Rednerinnen und Redner sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer führten daraufhin aktive Diskussionen im Rahmen der drei Unterthemen des Symposiums.

Die Diskussionen zu den drei Unterthemen sind in den Abschnitten 3, 4 und 5 nachzulesen. Abschnitt 6 stellt eine kurze Zusammenfassung des Symposiums dar. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern getroffenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind in Abschnitt 7 enthalten.

Die Evaluierung mittels eines Feedbackfragebogens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird in Abschnitt 8 erörtert. Eine Liste aller elektronisch verfügbaren Reden und Fachvorträge sowie eine Liste aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums sind in den Anhängen enthalten.

2. Teil: Schwerpunktbeiträge

Im Rahmen des ersten Schwerpunktbeitrags zu *Prüfung und Beratung durch ORKB: Chancen und Risiken* führte der Generalsekretär der INTOSAI und Präsident der ORKB von Österreich, Dr. Josef Moser, an, dass sich ein moderner und wirksamer Ansatz von ORKB zur Erhöhung der Wirksamkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Verwaltung und zur Verbesserung des staatlichen Handelns – wie der Titel des Symposiums bereits verdeutlicht – nicht im reinen Prüfen erschöpfe. Das ausschließlich nachträgliche Hinweisen auf Fehler und Missstände reiche nicht mehr aus, um als wirksames Kontrollelement wahrgenommen zu werden.

Ganz im Sinne des Mottos der INTOSAI “*Experientia mutua omnibus prodest*” war es das Ziel dieses Symposiums, klare, objektive und prüfungsbasierte Beratung als einen wesentlichen Bestandteil und Mehrwert der Arbeit von ORKB hervorzuheben.

In den Diskussionen wurden die Voraussetzungen, Chancen und Risiken solcher Beratungsaktivitäten sowie Möglichkeiten zur Darstellung der Ergebnisse der Prüfungstätigkeit von ORKB in der Öffentlichkeit dargelegt.

Im Schwerpunktbeitrag wurde die Tatsache hervorgehoben, dass ORKB ihr volles Potential hinsichtlich der Verbesserung staatlichen Handelns nur dann ausschöpfen können, wenn sie einen Beratungsansatz basierend auf ihrer Prüfungstätigkeit entwickeln.

Aus diesem Grund müssen ORKB Vorschläge für sparsameres und wirtschaftlicheres öffentliches Handeln basierend auf ihrer Prüfungstätigkeit unterbreiten, entsprechende Lösungen ausarbeiten und diese so wirksam wie möglich in den Prozess einer Verwaltungsreform integrieren. Indem sie beratend tätig seien, können ORKB ihre Wirkung erhöhen und die geprüften Stellen, Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit wirksamer erreichen.

Der Beratungsansatz erhöhe die Wirksamkeit von ORKB, was in einer effizienteren Verwendung von Mitteln, besserer Regierungsführung, Entwicklung und einer größeren Sichtbarkeit des Wertes und Nutzens von ORKB münde. ORKB müssen sich allerdings in ihrer Beratungstätigkeit auch der inhärenten Risiken bewusst sein. Um diese zu reduzieren, sei es wichtig, nicht in die täglichen Regierungsgeschäfte eingebunden zu sein, keine Kritik an politischen Zielen zu üben, sondern den Fokus auf Prozesse zu richten und ein System zu pflegen, das Entscheidungsfindungen mitverfolgt.

Es wurde auch wertschätzend anerkannt, dass die Vereinten Nationen und die INTOSAI gemeinsame Ziele verfolgen. ORKB in der ganzen Welt seien in einer Position, in der sie zur Umsetzung der MDGs beitragen können und diese Bemühungen in Zukunft sowohl im Interesse der Bürgerinnen und Bürger als auch im eigenen Interesse weiter stärken werden.

Der Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, Wu Hongbo, hob in seinem Vortrag zu *Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für stärkere Rechenschaftspflicht in der Post-2015 Entwicklungsagenda* die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen den VN und der INTOSAI hervor. Der Wert solch einer Zusammenarbeit wird in der Resolution A/66/209 der VN-Generalversammlung zur “Förderung einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden” hervorgehoben.

In der Post-2015 Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen sei die nachhaltige Entwicklung – welche das Wirtschaftswachstum, soziale Entwicklung und Umweltschutz umfasst – eine der Kernziele. Der Bedarf nach guter Regierungsführung, Investition in stabile und rechenschaftspflichtige öffentliche Institutionen, Korruptionsbekämpfung, der Wahrung des Rechtsstaats sowie Bürgerbeteiligung sei daher ein hervorzuhebendes Handlungsfeld.

ORKB können eine entscheidende Rolle in der Entwicklung guter Regierungsführung spielen, indem sie wirtschaftliche, wirksame und rechenschaftspflichtige institutionelle Konstruktionen und Prozesse fördern. Darüber hinaus biete die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bedeutende Möglichkeiten für den Austausch von Informationen und die Sammlung zusätzlicher Daten und eröffne gleichzeitig Chancen zur Stärkung der Handlungskompetenzen der Bürgerinnen und Bürger.

3. Teil: Unterthemen

Unterthema 1: Prüfung und Beratung durch ORKB: Anforderungen an und Chancen für die öffentliche Finanzkontrolle

In seinem Beitrag *Prüfung und Beratung im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung* legte der erste Vortragende, Carlos Alberto Sampaio de Freitas der ORKB von Brasilien, den Schwerpunkt auf Beratung als wesentlicher Bestandteil in Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Diese sollte gemäß der Strategie der jeweiligen ORKB verlaufen sowie die politischen und verwaltungstechnischen Gegebenheiten des Landes berücksichtigen. Er hob hervor, dass Prüferinnen und Prüfer durch methodische Konsistenz Legitimität für ihre Beratungstätigkeit erlangen können, was wiederum für die Akzeptanz der Schlussfolgerungen durch die geprüften Stellen und für eine durch Vertrauen charakterisierte Beziehung zwischen den Prüfenden und der geprüften Stelle förderlich sei.

In seinem Beitrag *Prüfung und Beratung im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung* konzentrierte sich Celestin Mgba Ankamsene von der ORKB von Kamerun auf Wirtschaftlichkeitsprüfungen und ihre spezifischen Charakteristika sowie ihren Mehrwert und die Grundvoraussetzungen für deren wirksame und erfolgreiche Durchführung. In seinem Vortrag definierte er die Zielgruppe, die Ziele und die zukünftigen Herausforderungen von Wirtschaftlichkeitsprüfungen und unterstrich zudem, dass die Prüfungskapazitäten von ORKB ständig verbessert sowie der Einfluss und die Wirksamkeit von Empfehlungen erhöht werden sollen, indem eine weitreichende Verbreitung der Prüfberichte sichergestellt werde. Wirtschaftlichkeitsprüfungen würden ORKB wesentlich dazu ermächtigen, den geprüften Stellen, der politischen Führung und der Öffentlichkeit gegenüber beratend zu wirken. Die Herausforderungen und Risiken liegen hauptsächlich bei der Wahrung der Unabhängigkeit, indem Empfehlungen lediglich auf bereits geprüfte Themen beschränkt werden und somit im Einklang mit Prüfungsnormen, Maßstäben und bewährten Verfahren agiert werde. Das beinhalte auch, Prüfungsthemen auszuwählen, die eine Veränderung im Leben der Bürgerinnen und Bürger bewirken. Er hob zudem hervor, dass der Einsatz multidisziplinärer Prüfteams zu Prüfungsergebnissen der höchsten Qualität beitrage.

Barbara Dutzler von der GIZ – der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – referierte über den *Wert und Nutzen von Prüfung und Beratung aus Sicht der Geberorganisationen* und legte den Fokus auf die Unterstützung, die ORKB in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitgestellt wird, sowie auf das Ausmaß, zu dem ORKB die Arbeit von Entwicklungsländern bestimmen. Sie betonte die Wertschätzung, die Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit der externen Finanzkontrolle entgegenbringen, und zeigte auf, dass ORKB eine Veränderung im Leben der Bürgerinnen und Bürger bewirken können, indem sie als Organisationen mit Vorbildcharakter und als

Katalysatoren des Wandels agieren. Da sich zahlreiche Prüfberichte mit dem System der Entwicklungszusammenarbeit auseinandergesetzt haben, hätten ORKB einen starken Einfluss auf politische Maßnahmen und die Aufbereitung für und Umsetzung von Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit gehabt. Durch ihre Prüfungs- und Beratungstätigkeit komme ORKB eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit zu. Es müssen allerdings sowohl die notwendigen Ressourcen als auch eine auf Vertrauen und Partnerschaft gestützte Zusammenarbeit sichergestellt sein, damit diese bedeutende Rolle auch zum Tragen kommen könne.

Der österreichische Staatssekretär für europäische und auswärtige Angelegenheiten, Reinhold Lopatka, verwies auf die langjährige Tradition der VN/INTOSAI Symposien und den Wert der engen Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der INTOSAI. Er betonte die Bedeutung von starken und unabhängigen ORKB zur Sicherung von öffentlicher Rechenschaftspflicht, Stärkung von Effizienz und Transparenz in der öffentlichen Regierungsführung und zur Bekämpfung von Korruption. ORKB spielen eine wesentliche Rolle bei der Erhaltung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in das staatliche Handeln und in die Verwaltung. Lopatka hob hervor, dass die österreichische Regierung eine starke Verfechterin der Tätigkeit von ORKB sei und die Bemühungen des Generalsekretärs weiterhin unterstützen werde.

Barbara Prammer, erste Nationalratspräsidentin der Republik Österreich, sprach in ihrem Beitrag zu *Nutzen von Prüfung und Beratung aus der Perspektive der Prüfkunden: Legislative und geprüfte Stellen* über die in der österreichischen Verfassung dargelegte unerlässliche Beziehung zwischen dem österreichischen Rechnungshof, der im Jahr 2011 sein 250-jähriges Bestehen feierte, und dem österreichischen Parlament. Sie beschrieb das strenge Verfahren, das Prüfberichte im Zweikammersystem des österreichischen Parlaments durchlaufen, bevor sie veröffentlicht werden und somit in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gelangen. Die unabhängige, objektive und zeitnahe Arbeit des österreichischen Rechnungshofes sei für das österreichische Parlament die Voraussetzung für die Ausübung seiner Kontrollhoheit und sei daher von höchster Bedeutung, damit die Regierung Schlussfolgerungen ziehen sowie Unzulänglichkeiten und Mängel bestimmen könne. Da die parlamentarische Kontrolle auch dazu diene, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zur Verwaltung der öffentlichen Mittel bereitzustellen, werde der Rechnungshof als Grundlage der demokratischen Entscheidungsfindung und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das staatliche Handeln betrachtet.

Hon. A.F. Mahlalela, Vorsitzender der südafrikanischen regionalen Vereinigung der Rechnungsprüfungsausschüsse (SADCOPAC), referierte über den Wert und Nutzen von Beratung aus der Sicht der Prüfkunden, insbesondere der Legislative und der geprüften Stellen. In seinem Vortrag bestätigte er, dass ORKB in einer einzigartigen Position seien, um mit verschiedenen Stakeholdern im Interesse einer besser verwalteten Welt zusammenzuarbeiten, und dass die Zusammenarbeit zwischen der Legislative und den ORKB eine der nutzbringendsten und wertvollsten Beziehungen zur Unterstützung des

staatlichen Handelns in der ganzen Welt sei. Er betonte, wie wichtig es sei, Wege und Mittel zu finden, die einen Einblick darüber ermöglichen, wie diese Beziehung sowie die Beziehung zwischen ORKB und anderen Stakeholdern im Interesse einer verbesserten Rechenschaftspflicht und demokratischer Regierungsführung gestärkt werden könne.

Der Leiter der ORKB von Polen, Jacek Jeziarski, präsentierte im Rahmen seines Vortrags zur *Sicherstellung einer positiven Wirkung als Hauptherausforderung für ORKB* die Herausforderungen, denen ORKB in Bezug auf eine nachhaltige und effiziente Vermittlung ihrer Prüfungsergebnisse und Empfehlungen gegenüberstehen. Da ORKB im Allgemeinen wesentlich zum Funktionieren des Staates und im Speziellen zur öffentlichen Leistungserbringung und Rechenschaftspflicht beitragen, müssen sie die bestmögliche Wirkung auf öffentliche Maßnahmen und ihre Umsetzung durch die Verbreitung von bewährten Verfahren sicherstellen. Die Erfahrungen der ORKB von Polen zeigten, dass eine wirksame, nutzerfreundliche und zugängliche Kommunikation interaktiv sein und Rückmeldungen durch die geprüften Stellen und die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen müsse, um sicherzustellen, dass die durchgeführten Prüfungen bürgernah sind. Er führte auch an, dass ORKB moderne Kommunikationsmittel und Kommunikationsstrategien sowie Follow-up Mechanismen nützen müssen, um mit ihrer Prüfarbeit eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Timothy Bowling von der ORKB der Vereinigten Staaten hob in seiner Präsentation zu *Herausforderungen der ORKB bezüglich einer nachhaltigen und effizienten Kommunikation ihrer Prüfungs- und Beratungsergebnisse* hervor, dass ORKB für ihre Gesellschaften von entscheidender Bedeutung seien, indem sie Rechenschaftspflicht, Integrität und Transparenz der Regierungsführung durch eine klare, zeitnahe und effektive Kommunikation der Ergebnisse ihrer Arbeit und des daraus entstehenden Wertes und Nutzens für Bürgerinnen und Bürger sowie andere Stakeholder wahren. Dabei müssen ORKB zahlreiche und auch vielfältige Herausforderungen der Kommunikation bewältigen, die jeweils von der Zielgruppe und den verwendeten Technologien abhängig sind. Wesentliche Kommunikationsprinzipien und geeignete Instrumente, die darauf ausgerichtet sind, die Botschaft klar und prägnant zu übermitteln, können die Qualität, Glaubwürdigkeit und die Aufnahme der Prüfungsarbeit von ORKB auf eine nachhaltige und wirksame Art und Weise verbessern. Während die Technologie voranschreitet, sollte der Fokus nicht nur auf herkömmliche Kommunikationsinstrumente wie beispielsweise den Printmedien, gerichtet sein, sondern es sollten auch moderne Kommunikationsinstrumente und interaktive Kommunikationstechnologien ausgeschöpft werden, indem soziale und andere elektronische Medien genutzt werden.

Erzsébet Németh von der ORKB von Ungarn betonte die Bedeutung von Innovation und der Darstellung des Wertes und Nutzens von Prüfberichten für die Öffentlichkeit, und zwar auf eine direkte, greifbare Art und Weise. Indem die ORKB von Ungarn einen Bereich für Neuigkeiten parallel zu ihrer offiziellen Website erstellt habe, sei sie ihrem Ziel nachgekommen, ihre Ergebnisse und Tätigkeiten verschiedenen Stakeholdern durch

eine klare und zeitnahe Vermittlung von Informationen zu kommunizieren. Das habe es der ORKB ermöglicht, die primäre Quelle ihrer eigenen Neuigkeiten zu sein. Während Németh auf die allgemeine Wahrnehmung von ORKB als Wachhunde verwies, verglich sie diese in ihrer Aufgabenwahrnehmung auch mit Hirtenhunden, welche die sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwendung von öffentlichen Mitteln beaufsichtigen.

Der Vorsitzende des Unterthemas 1, Sun Baohou, stellvertretender Auditor General der ORKB von China, führte an, dass Bürgerinnen und Bürger als Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Güter besonderen Wert auf die ordnungsgemäße Verwaltung öffentlicher Mittel und staatlichem Vermögen legen. Er stellte die Funktionsweise der ORKB von China vor und betonte, dass zeitnahe, klare und effizient kommunizierte Prüfungsberichte den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zur Authentizität, Legitimität und Effizienz öffentlicher Vermögen und wirtschaftlicher Tätigkeiten geben und damit zur öffentlichen Rechenschaftspflicht und, falls erforderlich, schnellen Korrekturmaßnahmen beitragen.

Gemäß der ORKB von China sind Echtzeitprüfungen und eine zeitnahe Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse und -empfehlungen über verschiedene Kommunikationskanäle, welche die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen, für die Ausübung der Aufsichtsfunktion von ORKB wesentlich.

Die allgemeine Diskussion nach den Vorträgen drehte sich um den Umfang und die Legitimität von durch ORKB durchgeführte Beratungstätigkeiten. Es wurden dabei jene Vorbehalte angesprochen, dass Empfehlungen, die während der Prüfung selbst getätigt werden, die Objektivität und Glaubwürdigkeit von ORKB sowohl bei den geprüften Stellen als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern untergraben könnten. Die Teilnehmenden kamen allgemein überein, dass Empfehlungen nur basierend auf und als Ergebnis von einer bereits abgeschlossenen Prüfung gegeben werden können. Gleichzeitig müssen Empfehlungen allgemein formuliert werden, damit sie auch eine präventive Wirkung entfalten. Darüber hinaus hoben die Teilnehmenden hervor, dass ORKB ihr Mandat nicht überschreiten dürfen. Die wesentliche Aufgabe der externen Finanzkontrolle sei es, sicherzustellen, ob die gesetzten Ziele auf eine sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Weise erreicht wurden. Basierend auf den Prüfungsergebnissen könnten dann Empfehlungen formuliert werden. ORKB dürften sich allerdings nicht in politische Maßnahmen und in andere Entscheidungsfindungsprozesse der geprüften Stellen einmischen.

Es wurde auch die Tatsache hervorgehoben, dass ORKB selbst für die Wirkung ihrer Prüfungsergebnisse verantwortlich sind. Eine weite Verbreitung der Prüfungsergebnisse könne sichergestellt werden, indem unterschiedliche Kommunikationskanäle genutzt und qualitativ hochwertige Empfehlungen erbracht werden, die im Einklang mit internationalen Normen sind, ohne dabei das Mandat von ORKB zu überschreiten. Je objektiver und glaubwürdiger ORKB seien, desto größer sei die Wirkung ihrer Prüfungsergebnisse. Objektivität und Glaubwürdigkeit würden wiederum mit einem Mandat, das in der Verfassung oder gesetzlich verankert ist, gestärkt werden. Manche ORKB drückten

Besorgnis darüber aus, dass eine weite Verbreitung der Prüfungsergebnisse diese verwässern würde. Die Mehrzahl der ORKB berichtete allerdings über positive Erfahrungen mit öffentlicher Beteiligung, insbesondere mit den Medien, die sich als kostengünstigen Weg zur Verbreitung der Prüfungsergebnisse und zur Bewusstseinsbildung über den Wert und Nutzen der externen Finanzkontrolle herausgestellt haben.

Was die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern betrifft, kamen die Teilnehmenden überein, dass das Ausmaß dieser Beteiligung je nach Mandat der ORKB, der nationalen Gesetzgebungen und der gesellschaftlichen Bedingungen, insbesondere dem Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen und den unterschiedlichen Bildungsgraden variiert.

Unterthema 2: Chancen und Risiken bei Prüfung und Beratung durch ORKB

Einar Gørrissen von der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI) und Pamela Monroe Ellis, Auditor-General der ORKB von Jamaika, hielten ihre Vorträge zu Kooperation, Kommunikation und zum Rahmen für die Leistungsbemessung als Grundlage für den Wert und Nutzen von ORKB.

Gørrissen hob die Tatsache hervor, dass ORKB objektiv als glaubhaft und vertrauenswürdig wahrgenommen werden müssen, damit sie die Verwendung öffentlicher Mittel überwachen können, um damit eine Veränderung im Leben der Bürgerinnen und Bürger zu bewirken. Er stellte den Entwurf der *ISSAI 12: Wert und Nutzen von ORKB – Bewirkung einer Veränderung im Leben der Bürgerinnen und Bürger* vor, welche den Fokus auf die Schlüsselrolle von ORKB bei der Förderung von Rechenschaftspflicht, Wirksamkeit und Transparenz der Regierung und öffentlichen Einrichtungen legt. Die ISSAI 12 sollte für ORKB einen Leitfaden dafür darstellen, wie sie für die Gesellschaft so relevant wie möglich sein können. In diesem Zusammenhang stellte Gørrissen auch das Rahmenwerk zur Leistungsbemessung von ORKB (*Performance Measurement Framework, PMF*) vor, welches die Leistung von ORKB mittels Indikatoren in sieben Bereichen misst, um sowohl einen objektiven, ganzheitlichen Überblick über deren Leistung zu geben als auch Stärken und Schwächen aufzuzeigen. Darüber hinaus sollte es ebenfalls als Selbstbewertungsinstrument sowie als Instrument für Peer Reviews oder externe Überprüfungen dienen. Zur Zeit der Präsentation war das PMF noch im Entwurfsstadium.

Pamela Monroe Ellis stellte das neueste Projekt der vierten Task Gruppe der Arbeitsgruppe zum Wert und Nutzen von ORKB vor. Basierend auf der Notwendigkeit, die Effektivität von ORKB durch Kooperation mit der Legislative, Judikative und Exekutive zu verbessern, wurde die Gruppe mit der Entwicklung von Leitlinien betraut, die bewährte Verfahren für spezifische Modelle beinhalteten und gleichzeitig besondere Aufmerksamkeit auf die Zusammenarbeit von ORKB mit den drei Regierungsgewalten legen sollten. Bei der Vorbereitung dieser Leitlinien konzentrierte sich die Gruppe besonders auf die unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und die verschiedenen ORKB-Modelle. Ellis unterstrich die besonders gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten ORKB und die Bedeutung eines effizienten Austausches von Know-how und Wissen.

Harib Saeed Al Amimi, Leiter der ORKB der Vereinigten Arabischen Emirate, und Byung Chul Kim von der ORKB von Korea referierten über die *Grenze zwischen Prüfung und Beratung der ORKB und begleitender/interner Kontrolle*.

Al Amimi legte die dreifache Rolle von ORKB dar, bestehend aus Aufsicht, Beratung und der Identifizierung von neu aufkommenden Trends und Herausforderungen. Mit Verweis auf die Definitionen von interner und externer Prüfung, wie sie in der ISSAI 100 bzw. den Internationalen Berufsgrundlagen für die interne Revision IIA dargelegt sind,

zeigte er die entscheidende Bedeutung einer Unterscheidung zwischen den Rollen und Verantwortlichkeiten der internen und externen Prüfung auf. Er wies auch auf das Risiko einer Einbindung von internen und externen Prüfenden bei Verwaltungsprozessen hin, was eine ständige Bedrohung der Unvoreingenommenheit von ORKB darstellen könnte. Objektivität und Unabhängigkeit müssen auch in den Beratungsaktivitäten von ORKB sichergestellt werden, damit deren Glaubwürdigkeit gewahrt werde.

Byung Chul Kim veranschaulichte die kürzlichen Entwicklungen in der internen Kontrolle seines Landes und in der bilateralen Kooperation zwischen interner und externer Kontrolle. Die Entwicklung einer klaren Rechtsgrundlage und von Qualitätsstandards für die interne Kontrolle mit der ORKB von Korea als koordinierende Instanz habe zur Stärkung der Unabhängigkeit und Professionalität der internen Kontrolle in Korea und auch zu höherer Zufriedenheit der geprüften Stellen beigetragen.

Fuimaono Camillo Afele, der Leiter der ORKB von Samoa, präsentierte einen Beitrag der ORKB von Neuseeland mit dem Titel *Zeitnähe von Prüfung und Beratung als Faktor für die Wirksamkeit von ORKB*, in dem er die Bedeutung dieser Faktoren für die Wirksamkeit von ORKB in den Mittelpunkt rückte. Er unterstrich, dass eine verlässliche und zeitnahe Berichterstattung durch öffentliche Stellen über deren Aktivitäten ein Eckpfeiler der Rechenschaftspflicht im öffentlichen Sektor sei und präsentierte die externen Faktoren, die solch eine zeitnahe Berichterstattung beeinflussten. Afele betonte auch, wie wichtig es für eine qualitativ hochwertige externe Finanzkontrolle sei, die Qualität an Informationen, die von der geprüften Stelle übermittelt werden, sowie die Kosten und die Zeitnähe solcher Informationen und der Berichterstattung im Gleichgewicht zu halten. Er beschrieb sowohl die Voraussetzungen als auch die Herausforderungen für die Zeitnähe des Prüfungsprozesses und unterstrich die Wichtigkeit des Ausbaus von Sachkompetenzen in ORKB, um die Zeitnähe zu wahren, die somit auch eine größere Wirksamkeit der öffentlichen Finanzkontrolle mit sich bringen würde.

Sergey V. Stepashin, Leiter der ORKB der Russischen Föderation, betonte in seinem Vortrag *Zeitnähe von Kontrollen. Analysen und die Erarbeitung von Empfehlungen als Faktoren der Wirksamkeit von ORKB* die Bedeutung einer zeitnahen Vermittlung der Prüfungsergebnisse, um die präventiven Vorteile der externen Finanzkontrolle auszuschöpfen und einen nachhaltigen und wirksamen Einfluss auf die öffentliche Verwaltung zu haben. In Zeiten der finanziellen und wirtschaftlichen Instabilität müssen sowohl Vorab- als auch Follow-up Prüfungen zeitnah sein, um sicherzustellen, dass die Empfehlungen auf eine Art und Weise vermittelt werden, dass sie zur Aufdeckung von Abweichungen im geprüften Prozess und zur Vermeidung von möglichen Regelverletzungen beitragen.

Die Teilnehmenden kamen überein, dass die Zeitnähe von Prüfungen und die Entwicklung von institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche diese Zeitnähe fördern, von höchster Bedeutung zur Förderung des Wertes und Nutzens von ORKB seien. Ein weiterer Faktor, der die Arbeit von ORKB so wirksam wie möglich

make, sei die Auswahl von Prüfungsthemen, welche für das Leben der Bürgerinnen und Bürger relevant sind. Diese Auswahl müsse auf verlässlichen Risikoanalysen beruhen und bewährte Verfahren berücksichtigen, damit ORKB in der Lage sind, präventiv und proaktiv gegen Verschwendung, Betrug und Korruption zu handeln.

Die Teilnehmenden stimmten auch darin überein, dass die Zusammenarbeit zwischen interner und externer Prüfung äußerst wertvoll zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen, denen ORKB gegenüberstehen, ist, da die interne und externe Kontrolle wesentliche Teile der Rechenschaftskette sind. In diesem Sinne müssten sowohl die interne als auch die externe Kontrolle in einem unabhängigen System verankert sein.

Da sich ORKB regelmäßig mit multidisziplinären Themen auseinandersetzen, müssten sie auch einen multidisziplinären Ansatz anwenden, mit genügend Ressourcen ausgestattet sein und sich für den Ausbau von Sachkompetenzen einsetzen. Was die Prüfungsnormen betrifft, unterstützten die Teilnehmenden auch die Zusammenarbeit zwischen der INTOSAI und der Internationalen Vereinigung der Wirtschaftsprüfer (IFAC) als Wähler der Internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor sowie die Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft.

Unterthema 3: Wirksamkeit und Transparenz von Prüfung und Beratung durch die Beteiligung von BürgerInnen

Die Vorträge zu diesem Unterthema waren der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und der Beratungstätigkeit von ORKB gewidmet.

In seinem Beitrag zu *Praktiken der Einbindung von BürgerInnen bei Prüfung und Beratung durch ORKB* konzentrierte sich Henrik Berg Rasmussen von der ORKB von Dänemark auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft im Prüfungsverfahren. Da Organisationen der Zivilgesellschaft eine wesentliche Rolle im öffentlichen Sektor Dänemarks spielen, unterstütze die ORKB von Dänemark einen transparenteren und offeneren Ansatz der Gesellschaft gegenüber, hole sich Anregungen von den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger für die Auswahl der Prüfungsthemen und habe eine Abteilung eingerichtet, die sich ausschließlich mit Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern befasse. Darüber hinaus habe die ORKB begonnen, sich auf die Prüfungsergebnisse zu konzentrieren, um die Auswirkung ihrer Prüfungen wirksamer verfolgen zu können.

Die Erfahrung zeige, dass die direkte Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern sowie ein offener Ansatz zur Bevölkerung an der Basis sowie die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern bei den Prüfungen dazu beitragen, eine breitere Perspektive über die behandelten Themen zu schaffen. Rasmussen wies auch darauf hin, dass die Prüfungsergebnisse leserfreundlich sein müssen, wenn Bürgerinnen und Bürger in die Prüfungstätigkeit eingebunden werden sollen, und zeigte auf, dass sich zukünftige Herausforderungen auch um die Prüfung des Beitrages drehen können, den öffentliche Programme zur Erhöhung der Lebensqualität, des sozialen Zusammenhalts, der Inklusion, Sicherheit und der Gleichberechtigung geleistet haben.

Der Vortrag zu *Praktiken der Einbindung von BürgerInnen bei Prüfung und Beratung durch ORKB* von Ramiro Mendoza Zuniga, Leiter der ORKB von Chile, legte den Schwerpunkt auf Faktoren, die den sozialen Zusammenhalt beeinflussen. Er führte an, dass solch ein sozialer Zusammenhalt von Land zu Land je nach den politischen und kulturellen Gegebenheiten variere. Während des Prozesses der demokratischen Konsolidierung in Lateinamerika habe ein größeres Bewusstsein für Werte wie beispielsweise Transparenz und Rechenschaftspflicht die öffentliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und deren Mitwirkung in öffentlichen Institutionen gefördert. Die externe Finanzkontrolle sei daher sowohl von der institutionellen Kontrolle durch ORKB als auch von der gesellschaftlichen Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger und deren Organisation gestaltet worden. In diesem Zusammenhang erklärte Zuniga, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern nur dann erhöht werden könne, wenn ORKB von der herkömmlichen Auffassung abkämen, dass sie lediglich Fachinstitutionen seien, und stattdessen das Bild von Beamtinnen und Beamten fördern, die wertvolle Informationen über die Regierung bereitstellen und dadurch der Bevölkerung direkt dabei

helfen, Informationslücken zwischen ihr, der Regierung und den Einrichtungen des öffentlichen Sektors zu verringern. Er zählte auch die Faktoren auf, die dazu beitragen, Transparenz, einen offenen Ansatz der Gesellschaft gegenüber und die Rechenschaftspflicht zu erhöhen. Abschließend verwies Zuniga auch auf die unterschiedlichen Phasen der Bürgerbeteiligung im Prüfungsverfahren.

Elia Yi Armstrong, Leiterin der Abteilung für Entwicklungsmanagement der DPADM der UN DESA, sprach über die Möglichkeiten der Einbindung von Bürgerinnen und Bürger durch ORKB durch die Förderung von Entwicklung. Der effiziente Einsatz von öffentlichen Mitteln zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger wurde von Margaret Saner Vizevorsitzende der CEPA, dargelegt. Zusammen stellten Armstrong und Saner, basierend auf ihren Arbeitserfahrungen in unterschiedlichen Verwaltungen in verschiedenen Ländern, die gute Regierungsführung sowohl aus der Sicht der Forschung als auch der Praxis dar.

In ihrem Vortrag zur *Einbindung von BürgerInnen durch ORKB und daraus resultierende Möglichkeiten für die Stärkung der öffentlichen Rechenschaftspflicht in der nachhaltigen Entwicklung* legte Armstrong die Pfeiler der sozialen Entwicklung im Zusammenhang mit den Ergebnissen der VN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung 2012 (Rio+20: *Die Zukunft, die wir wollen*) und der Post-2015 Entwicklungsagenda dar. Sie hob jene Faktoren hervor, die Menschen in den Mittelpunkt einer nachhaltigen Entwicklung rücken, und legte dabei den Fokus auf die öffentliche Rechenschaftspflicht. Armstrong ging auch detaillierter auf die Rolle ein, die ORKB und Bürgerinnen und Bürger sowohl in der Theorie als auch in der Praxis bei der Steigerung der Rechenschaftspflicht spielen. Armstrong führte darüber hinaus die Konzeptualisierung der verschiedenen Phasen der Bürgerbeteiligung an: erstens, die Informationsphase und die Informationsfreiheit als Voraussetzung; zweitens, die Beratungsphase, welche aus Sensibilisierungsprogrammen für Bürgerinnen und Bürger durch Regierungen besteht; und drittens, die Entscheidungsphase, welche interaktive Prozesse zwischen Regierungen und Bürgerinnen und Bürgern umfasst. Abschließend präsentierte Armstrong auch mögliche Beiträge der INTOSAI für eine auf eine aktivere Weise beteiligte Bürgerschaft. Diese Beiträge würden unter anderem die Definition von Prüfungsnormen für die Bürgerbeteiligung, ex-ante-Beratung zusätzlich zu Prüfungen betreffend Kosten und Vorteile der Bürgerbeteiligung und die Identifizierung und Verbesserung der wirksamen Bürgerbeteiligung in der Arbeit von ORKB umfassen.

Margaret Saner betonte, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Zentrum einer guten Regierungsführung stehe. In ihrer Präsentation *Gute Regierungsführung: Schutz öffentlicher Ressourcen zugunsten der BürgerInnen* führte sie die unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung an. Bürgerinnen und Bürger seien Konsumentinnen und Konsumenten von und auch Beteiligte an Entscheidungen zu öffentlichen Leistungen und tragen damit zur Rechenschaftspflicht von Regierungen bei. Sie seien an politischen Entscheidungen und an Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt,

wobei der Zugang zu Informationen und Ressourcen die Grundvoraussetzung für solch eine Beteiligung sei. Saner sprach die Herausforderungen der Ansätze von ORKB, Bürgerinnen und Bürger in ihre Prüfungsarbeit einzubinden und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Diensten zu überwachen, an. Sie können einen besonderen Fokus auf die Prüfung dessen legen, ob Bürgerbeteiligung in einem angemessenen Ausmaß stattgefunden hat, ob die richtigen Kommunikations- und Feedbackkanäle verwendet wurden – abhängig von der spezifischen Zielgruppe – und ob Sensibilisierungsprogramme erfolgreich waren. Da die Qualität und Wirksamkeit der Bürgerbeteiligung oft mit der Qualität und Wirksamkeit der politischen Entwicklung und/oder der Leistungserbringung einhergehen, könne die Bürgerbeteiligung von Land zu Land unterschiedliche Ausformungen haben. Aus diesem Grund spielen ORKB eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung von bewährten Verfahren und setzen damit Standards für die Bürgerbeteiligung und für die Prüfung, ob diese stattgefunden hat.

In der allgemeinen Diskussion, welche auf die Vorträge folgte, kam zum Ausdruck, dass die Teilnehmenden moderne Kommunikationskanäle und soziale Medien als eine Möglichkeit für Sensibilisierungstätigkeiten wahrnahmen. Es wurde ebenso die bedeutende Rolle der Jugend und von Frauen hervorgehoben, da sie wesentlich zur Rechenschaftspflicht und Transparenz von öffentlichen Institutionen beitragen. Aus diesem Grund kamen die Teilnehmenden überein, dass die Vielfalt der Kommunikation erhalten werden müsse. Gleichzeitig müssen ORKB ein Gleichgewicht bei der Berücksichtigung der unterschiedlichen Meinungen, die durch die Medien geäußert werden, und der Meinung der Bürgerinnen und Bürger schaffen und keinem diesbezüglichen Druck nachgeben.

In ihrer weitreichenden Prüfungstätigkeit müssen ORKB mit der Zivilgesellschaft, mit Expertinnen und Experten und der breiten Öffentlichkeit zusammenarbeiten, um einen multidisziplinären Ansatz zu erhalten. Da ORKB allgemein als eine Quelle von objektiven und faktenbasierten Informationen wahrgenommen werden, was wiederum die Grundvoraussetzung für die Bürgerbeteiligung darstellt, müssen Prüfberichte umfassend veröffentlicht und verbreitet werden. Die Veröffentlichung sollte im Einklang mit Leitsatz 6 der Deklaration von Mexiko sein und die Freiheit, über Inhalt und Zeitpunkt von Prüfungsberichten zu entscheiden und diese zu veröffentlichen und zu verbreiten, achten. Das ermögliche ORKB zudem, objektive Informationen zu deren Prüfungsergebnissen auf eine unbefangene und direkte Art und Weise bereitzustellen. Damit können sie dem Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger auf Informationen, das in den Verfassungen von mehr als 120 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen festgelegt ist, nachkommen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Erwägungsgründe

- A. Unter **Zugrundelegung** des Strategischen Plans der INTOSAI 2011 bis 2016
- B. In **Umsetzung** der Strategischen Ziele 2 (Ausbau der Sachkompetenzen) und 3 (Wissensaustausch) sowie insbesondere der strategischen Prioritäten
 - a. Unterstützung bei der Sicherstellung der Unabhängigkeit von ORKB
 - b. Stärkung des Ausbaus der Sachkompetenzen von ORKB sowie
 - c. Darstellung von Wert und Nutzen von ORKB
- C. Unter **Betonung** der äußerst fruchtbaren Ergebnisse und Empfehlungen des 21. VN/INTOSAI Symposiums im Jahr 2011 über “Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht”
- D. In der **Überzeugung**, dass die in ISSAI 1 und 10, den Deklarationen von Lima über die Leitlinien der Finanzkontrolle und Mexiko über die Unabhängigkeit der ORKB festgelegten Grundsätze unabdingbare Voraussetzungen für eine optimale Aufgabenerfüllung von ORKB sind
- E. Unter **Betonung** der Resolution A/66/209 “Förderung einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung durch Stärkung der Obersten Rechnungskontrollbehörden” der VN-Generalversammlung, in der die Internationale Staatengemeinschaft
 - a. anerkennt, dass ORKB ihre Aufgaben nur dann objektiv und wirkungsvoll erfüllen können, wenn sie von der überprüften Stelle unabhängig gestellt und gegen Einflüsse von außen geschützt sind
 - b. anerkennt, dass ORKB bei der Förderung einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirkungsvollen und transparenten öffentlichen Verwaltung eine wichtige Rolle spielen, welche die Verwirklichung der nationalen Entwicklungsziele und –prioritäten ebenso wie der auf internationaler Ebene vereinbarten Entwicklungsziele, insbesondere der Millenniums-Entwicklungsziele, fördert
 - c. die VN-Mitgliedstaaten ermutigt, die in den Deklarationen von Lima und Mexiko aufgestellten Grundsätze im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen institutionellen Strukturen umzusetzen

- F. Unter **Betonung** der Bedeutung der Internationalen Normen und Richtlinien für die staatliche Finanzkontrolle (ISSAIs) und der INTOSAI-Leitlinien für Good Governance (INTOSAI GOVs), welche die Grundprinzipien, die Voraussetzungen für das Funktionieren von ORKB sowie die wesentlichen Prüfungsgrundsätze und Anwendungsrichtlinien definieren und Good Governance im öffentlichen Sektor und die Einhaltung dieser Normen, Richtlinien und Leitlinien zur Verstärkung der Vertrauenswürdigkeit der Arbeit von ORKB fördern
- G. Unter **Betonung** der Partnerschaft der INTOSAI mit der internationalen Gebergemeinschaft mit dem Ziel, Sachkompetenzen von ORKB insbesondere in Entwicklungsländern auf- und auszubauen und so zur Stärkung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Good Governance beizutragen
- H. In der **Überzeugung**, dass die Sichtbarkeit von Wert und Nutzen der Arbeit von ORKB eine essentielle Voraussetzung für deren Wirksamkeit und Akzeptanz ist
- I. Unter **Hinweis** auf die Arbeiten der INTOSAI Arbeitsgruppe zu Wert und Nutzen von ORKB und ihre Bemühungen zur Messbarmachung von Wert und Nutzen von ORKB
- J. Im **Bewusstsein**, dass die öffentlichen Ressourcen zunehmend unter Druck sind und die Bürgerinnen und Bürger berechtigterweise vermehrt danach fragen, wie staatliches Handeln effizienter und sparsamer gestaltet werden kann und welchen Beitrag ORKB dazu leisten können
- K. Im **Wissen** darum, dass es die Aufgabe von ORKB ist, auf der Grundlage von Prüfungsarbeit Empfehlungen zur effizienteren und sparsameren Gestaltung staatlichen Handelns zu erarbeiten und dadurch zu staatlichen Reformprozessen beizutragen
- L. Unter **Betonung**, dass sich der moderne, wirksame Ansatz von ORKB zur Verbesserung staatlichen Handelns nicht im reinen Prüfen erschöpft und dass ausschließlich nachträgliche Hinweise auf Fehler und Missstände nicht ausreichen, um eine optimale Wirtschaftlichkeit zu erzielen und als wirksames Kontrollelement wahrgenommen zu werden
- M. In der **Überzeugung**, dass das gesamte Potenzial des Handelns von ORKB für besseres staatliches Handeln nur dann genutzt werden kann, wenn ORKB auf der Grundlage ihrer Prüfungsarbeit auch Beratungstätigkeiten ausüben und konkrete Empfehlungen für die geprüften Stellen und für politische Entscheidungsträger geben
- N. In der **Überzeugung**, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgemeinschaft ebenso wichtige Adressaten der Prüfberichte und Empfehlungen sind wie die zuständigen politischen Gremien und ihren Beitrag zur Wirksamkeit der Kontrolle durch öffentliche Diskussion leisten

- O.** In der **Überzeugung**, dass sich Beratung im Sinne des wirksamen Strebens um Umsetzung und Verwertung der abgegebenen Empfehlungen nicht in der einmaligen Abgabe von Empfehlungen an die geprüfte Stelle oder die einmalige Vorlage eines Prüfberichts an die zuständige gesetzgebende oder vollziehende Körperschaft erschöpft, sondern – um ihre volle Wirksamkeit zu erzielen – eine zielorientierte Fortsetzung der Arbeit mit den jeweiligen Prüfungsfeststellungen und den darauf basierenden Empfehlungen erfordert
- P.** Unter **Betonung** der Bedeutung einer umfassenden politischen Diskussion der Ergebnisse und der Empfehlungen der Prüfungstätigkeit der ORKB und der damit verbundenen Beratungsaktivitäten
- Q.** Unter **Betonung**, dass Beratungsleistungen der ORKB einen Mehrwert schaffen, indem sie den Nutzen der einzelnen Gebarungsüberprüfung erhöhen und die Wirkung der öffentlichen Finanzkontrolle nachhaltig stärken
- R.** Unter **Betonung** der mit dem Beratungsansatz verbundenen Chancen für ORKB wie Steigerung der Wirksamkeit der ORKB, effizienterer Einsatz von öffentlichen Mitteln, Steigerung der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit staatlichen Handelns, Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen und Aufstellung der Agenda für die Entwicklung nach 2015 und schließlich verstärkte Sichtbarkeit von Wert und Nutzen der Arbeit von ORKB für die überprüften Stellen, die Entscheidungsträger in Parlament, Regierung und Verwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger
- S.** Im **Bewusstsein**, dass mit der Verstärkung des Beratungsansatzes auch Risiken verbunden sind, denen besondere Beachtung geschenkt werden muss, um sie zu handzuhaben. Dazu zählen insbesondere die Gefahr der Beeinträchtigung der Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit oder der Wahrnehmung einer Einmischung in das politische Geschehen
- T.** Jedenfalls in der **Überzeugung**, dass mit dem Beratungsansatz der Wert und Nutzen von Prüfungen steigt und ihre Wirksamkeit sichtbarer wird, weil eine breitere Diskussion zur Erhöhung der Bereitschaft zur Umsetzung der Prüfungsempfehlungen beiträgt und dadurch auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der allgemeinen Öffentlichkeit in die ORKB gestärkt wird
- U.** In **Erkenntnis** dessen, dass vor diesem Hintergrund ein wirksamer Prüfungs- und Beratungsansatz eine Reihe von Faktoren erfordert sowie Bedingungen erfüllt sein müssen, um seine gesamte Wirkung im Sinne der Verbesserung staatlichen Handelns entfalten zu können

- V. Verabschieden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums in diesem Sinne folgende

Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums

Allgemeines

1. **Erachten** die Grundsätze der Deklarationen von Lima und Mexiko als Grundvoraussetzungen für eine wirkungsvolle Aufgabenerfüllung der ORKB
2. **Ermuntern** die ORKB, in der Förderung der Umsetzung der Resolution A/66/209 der VN-Generalversammlung vom 22. Dezember 2011, im Rahmen ihrer nationalen Systeme an die Entscheidungsträger heranzutreten und auf die Umsetzung dieser Grundsätze hinzuwirken
3. **Begrüßen** die Ermutigung der VN-Generalversammlung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die in den Deklarationen von Lima und Mexiko aufgestellten Grundsätze im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen institutionellen Strukturen umzusetzen
4. **Betrachten** neben der Umsetzung der Prinzipien der Deklarationen von Lima und Mexiko zur Sicherung und Steigerung der Unabhängigkeit von ORKB auch die stärkere Sichtbarmachung des Wertes und des Nutzens von ORKB als erforderlich
5. **Begrüßen** die Anstrengungen der Arbeitsgruppe "Wert und Nutzen der ORKB" zur Erarbeitung eines Rahmenwerks zur Leistungsbemessung von ORKB, welches eine freiwillige Messung und ausgeglichene Darstellung von Leistungen, Wert und Nutzen von ORKB ermöglicht
6. **Betonen** im Sinne der Deklaration von Lima, dass ORKB ihre Prüfungen danach ausrichten, dass korrektive Maßnahmen im einzelnen Fall ergriffen, die verantwortlichen Organe haftend, Schadenersatz erlangt oder Maßnahmen ergriffen werden können, die eine Wiederholung von Verstößen in der Zukunft verhindern oder zumindest erschweren
7. Sind der **Auffassung**, dass es zur Steigerung der Wirksamkeit der Prüftätigkeit der ORKB, zur stärkeren Sichtbarmachung von Wert und Nutzen der Arbeit von ORKB und zur Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung als Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen und Aufstellung der Agenda für die Entwicklung nach 2015 erforderlich ist, dass ORKB, basierend auf die Prüftätigkeit, die Beratungstätigkeit wahrnehmen

8. **Erachten** die Information über die Prüftätigkeit sowohl für die gesetzgebenden und vollziehenden Körperschaften als auch für die Bürgerinnen und Bürger durch die Veröffentlichung von objektiven Berichten und deren Verbreitung sowie die darauf aufbauende Beratung als Beitrag zur Stabilität und Fortentwicklung der Staaten und zu besserem staatlichen Handeln im Sinne der Postulate der Vereinten Nationen für notwendig

In Bezug auf Prüfen

9. **Betonen**, dass die gesamte staatliche Gebarung, ungeachtet ob und in welcher Weise sie im allgemeinen Staatsbudget ihren Niederschlag findet oder auch nicht, der Kontrolle der ORKB unterliegen soll und im Parlament vorgelegt und debattiert werden sollte
10. **Betrachten** es als unabdingbar, dass ORKB – zur Wahrung der Unabhängigkeit von ORKB von Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung und im Sinne der klaren Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Verwaltung und Prüfer – mit ihrer Prüfungsarbeit nicht in das operative Verwaltungshandeln selbst eingebunden sind
11. **Unterstreichen** die steigende Bedeutung der Prüfung von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz des staatlichen Handelns, die nicht nur den einzelnen Gebarungsfall, sondern die gesamte Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung einschließlich ihrer Organisation und der Verwaltungssysteme umfasst
12. **Betonen** die Notwendigkeit der Ausrichtung der Prüfungstätigkeit der ORKB auch auf Fragen der Wirkungsorientierung sowie der Erzielung von Wirkungen durch das staatliche Handeln
13. **Erachten** die Nachkontrolle im Sinne der Deklaration von Lima als eine unabdingbare Aufgabe jeder ORKB, um die Verantwortlichkeit des rechnenschaftspflichtigen Organs aufzuzeigen, Ersatz des eingetretenen Schadens zu erlangen und in Zukunft die Wiederholung von Verstößen zu verhindern
14. **Betrachten** gleichzeitig, dass die zeitliche Nähe von Prüfungen zum geprüften Prozess zur Möglichkeit, konkrete und positive Veränderungen zu bewirken, beiträgt
15. **Weisen darauf hin**, dass ORKB ihre Prüfungstätigkeit nach einem Programm durchführen sollen, das sie sich selbst setzen. Zur Steigerung der Wirksamkeit der Prüfungen sollte die Themenauswahl für Wirtschaftlichkeitsprüfungen insbesondere die für die Zukunft der staatlichen Aufgabenerfüllung besonders bedeutsamen Bereiche abdecken, wie insbesondere die finanzielle Nachhaltigkeit der Haushalte, soziale Sicherungssysteme (einschließlich Gesundheit und Pensionssysteme), Bildung und ökologische Nachhaltigkeit

16. **Betonen**, dass ORKB zur Wahrung ihrer Objektivität und Sicherung der Glaubwürdigkeit grundsätzlich – d.h. mit Ausnahme von Fällen, in denen ausdrücklich vom Gesetz vorgeschrieben ist – nicht die Politik des Staates, die von der Gesetzgebung angenommen wurde, prüfen, sondern sich auf die Prüfung der Umsetzung dieser Politik und deren Wirkung beschränken und auf dieser Grundlage Empfehlungen abgeben
17. **Unterstreichen** die Notwendigkeit, der theoretischen und praktischen beruflichen Weiterbildung der Prüferinnen und Prüfer auf interner, universitärer und internationaler Ebene höchstes Augenmerk zu schenken und diese mit allen Mitteln, auch finanziell und organisatorisch, zu fördern
18. **Erachten** die interne Kontrolle als einen wichtigen Sicherungsmechanismus, der mittels Rechtsvorschriften gefördert und koordiniert werden sollte

In Bezug auf Beratungsaktivitäten

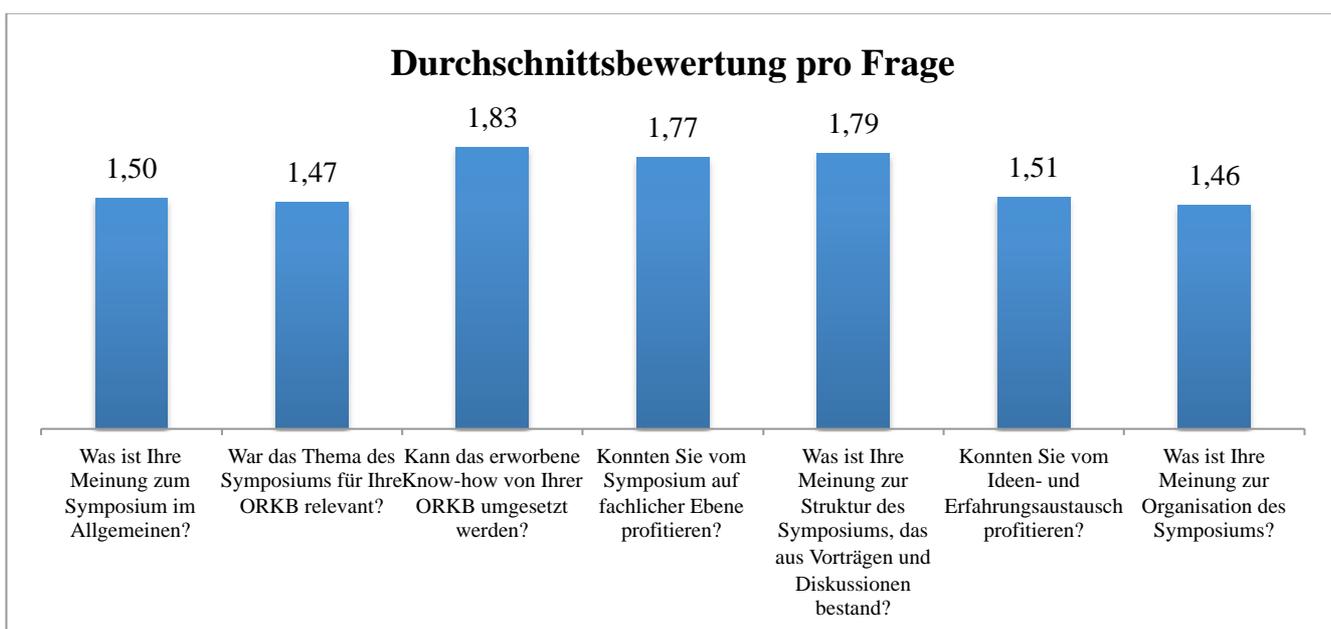
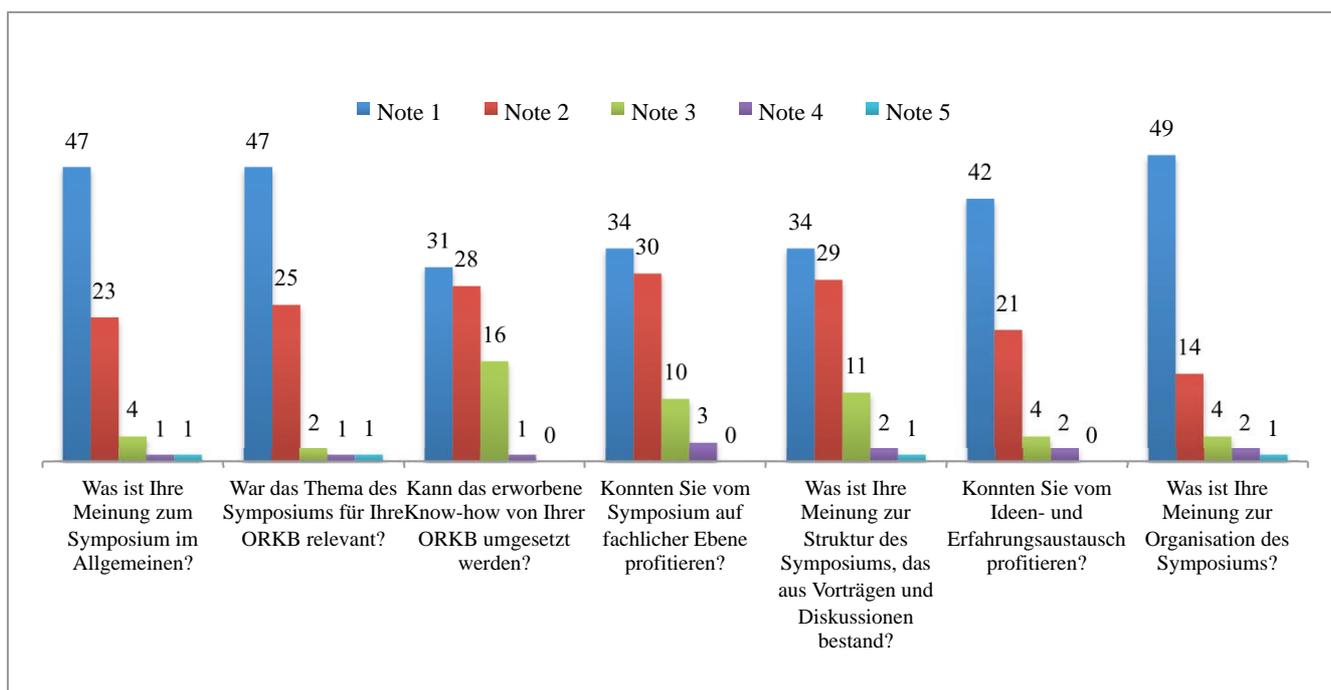
19. **Sind der Überzeugung**, dass Beratungsaktivitäten auf Grundlage der Prüfungstätigkeit einen wesentlichen Bestandteil der Aufgabe von ORKB darstellt und maßgeblich zur Steigerung des Wertes und des Nutzens von ORKB, wie in ISSAI 1260 vorgesehen (Kommunikation mit den für die Überwachung Verantwortlichen) beiträgt
20. **Weisen nachdrücklich darauf hin**, dass die Beratungen durch ORKB ausschließlich auf der Grundlage veröffentlichter Prüfungsberichte erfolgen sollen, um den Risiken wie etwa der Gefahr des Verlusts der Unabhängigkeit oder der Unparteilichkeit oder der Wahrnehmung der Einmischung in das politische Geschehen oder der Parteilichkeit zu vermeiden
21. **Betonen**, dass das Recht und die Pflicht zur Berichterstattung über die Ergebnisse der Prüfungstätigkeiten, die Freiheit, über Inhalt und Zeitpunkt von Prüfungsberichten zu entscheiden und diese zu veröffentlichen und zu verbreiten für die Wirksamkeit der Beratungstätigkeit insbesondere durch die damit verbundene öffentliche Diskussion der Ergebnisse und der Empfehlungen von maßgeblicher Bedeutung sind
22. **Unterstreichen**, dass das Bestehen von wirksamen Mechanismen zur Überprüfung des Umsetzungsstandes der Empfehlungen wesentlich für die Beratung der gesetzgebenden oder vollziehenden Organe bzw. der Aufsichtsbehörden der überprüften Stellen sowie für Bürgerinnen und Bürger ist
23. **Weisen darauf hin**, dass die Wirksamkeit von Prüfungen maßgeblich erhöht werden kann, wenn deren Feststellungen und Empfehlungen nach Berichtsveröffentlichung in kompetenter, überzeugender und nachhaltiger Weise durch die ORKB in den zuständigen politischen Gremien und gegenüber den verschiedenen Stakeholdern vertreten werden

24. **Erachten** es als notwendig für ORKB, einer diesen Erfordernissen entsprechenden Aus- und Weiterbildung der Prüferinnen und Prüfer besonderes Augenmerk zu schenken, um diese zu fördern
25. **Betonen** die Bedeutung der Kommunikation für ORKB und die damit einhergehende Bewusstseinsbildung von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Medien über die Ergebnisse und Empfehlungen von ORKB
26. **Sind der Überzeugung**, dass ORKB klare Empfehlungen mit praktischem Mehrwert zur Steigerung der Effizienz, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit staatlichen Handelns abgeben sollen; denn erst dadurch wird der Beratungsansatz unmittelbar im Prüfgeschehen sichtbar und wirksam
27. **Unterstreichen** die Notwendigkeit, dass Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen
 - 27.1 klar, präzise, verständlich, lösungsorientiert und umsetzbar formuliert sind,
 - 27.2 im Rahmen des Beratungsansatzes auch in sachorientierten Publikationen zielgruppengerecht an maßgebliche Entscheidungsträger herangetragen werden
 - 27.3 von ORKB im Rahmen der öffentlichen Debatte angemessen erklärt werden und
 - 27.4 eine über die einzelne Prüfung hinausgehende nachhaltige Wirkung entfalten,um die Wirksamkeit bei den geprüften Stellen, beim Gesetzgeber und der allgemeinen Öffentlichkeit zu erhöhen.
28. **Erachten** eine zielgruppenspezifische Kommunikation unter Einsatz geeigneter Kommunikationsmittel für einen wirksamen Beratungsansatz und damit als Element zur Steigerung der Sichtbarkeit von Wert und Nutzen der ORKB als unerlässlich
29. **Erachten** es als empfehlenswert, mit diesen Zielgruppen unter Einsatz geeigneter Kommunikationsmittel, wie zum Beispiel Vertretung in den zuständigen politischen Gremien, Publikationen, Vorträge, Interviews, Pressearbeit, zu kommunizieren

- 30. Erachten** folgende Elemente als wesentlich für einen wirksamen Beratungsansatz:
- 30.1 Wahrnehmung der beratenden Funktion bereits im Zuge des Prüfungsprozesses unmittelbar bei der geprüften Stelle durch Abgabe von Empfehlungen
 - 30.2 Übermittlung der Prüfungsberichte und der darin enthaltenen Empfehlungen sowohl an die geprüfte Stelle als auch an das Parlament und die Regierung sowie anschließende Veröffentlichung durch ORKB
 - 30.3 Analyse der in den einzelnen Prüfberichten enthaltenen Empfehlungen dahingehend, ob sie über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben. Zusammenfassung solchermaßen geeigneter systembezogener Empfehlungen und Veröffentlichung durch ORKB
 - 30.4 Erarbeitung von – auf Prüfberichten basierenden – themenorientierten und zielgruppenspezifischen Publikationen
 - 30.5 Veröffentlichung dieser Publikationen und aktives Vertreten der Inhalte dieser Publikationen in der öffentlichen Debatte durch die ORKB.
- 31. Unterstützen** die Ermutigung der Mitgliedsstaaten und der relevanten Institutionen der Vereinten Nationen durch die Resolution der VN-Generalversammlung, ihre Zusammenarbeit mit INTOSAI, einschließlich im Bereich des Kapazitätsaufbaus, fortzusetzen und zu intensivieren, um mittels gestärkter Oberster Rechnungskontrollbehörden Effizienz, Rechenschaftspflicht, Wirksamkeit und Transparenz sicherzustellen und somit Good Governance zu fördern.
- 32. Machen den Vorschlag**, dass die INTOSAI Arbeitsgruppe Finanzielle Modernisierung zur Reform des Regulierungsrahmens von Finanzmärkten und -institutionen Maßnahmen zur Risikominderung von Verschwendung und Verlust öffentlicher Mittel überprüfen und dadurch die internationale Gemeinschaft fachlich beraten sollte.

Anhang 1: Bewertung

Die Teilnehmenden des Symposiums wurden gebeten, einen Bewertungsfragebogen auszufüllen, den 76 Teilnehmende vor dem Abschluss des Symposiums abgaben. Der Fragebogen bestand aus sieben Fragen, die gemäß Schulnotensystem mit einer Note von 1 bis 5 zu bewerten waren, wobei 1 die beste und 5 die schlechteste Bewertung darstellte. Die folgenden zwei Darstellungen bieten einen Überblick über das formelle Feedback zum Symposium.



Darüber hinaus war Raum für Vorschläge und Kommentare vorgesehen. Die wichtigsten Beiträge waren die folgenden:

- Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgruppen mit kompetenten Moderatorinnen und Moderatoren und mehr Raum für Fragen und Diskussionen.
- Prägnantere und praktischere schriftliche Beiträge und Vorträge, die auf fachlicher Erfahrung basieren.
- Strengere Zeitenregelung.
- Möglichkeit zur stärkeren Teilnahme an der Verfassung von Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Kompaktere Gestaltung der Schlussfolgerungen und Empfehlungen.
- Möglichkeit zur aktiven Teilnahme von Beobachterinnen und Beobachtern (z.B. Botschafterinnen und Botschafter) am Symposium.

Anhang 2: Referate und Präsentationen

nur elektronisch verfügbar¹

1. Dr. Josef Moser, Präsident des österreichischen Rechnungshofes, Generalsekretär der INTOSAI, Österreich
2. Wu Hongbo, Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (VN DESA)
3. Prüfung und Beratung im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung
 - Carlos Alberto Sampaio de Freitas, ORKB Brasilien
 - Celestin Mgboa Ankamsene, ORKB Kamerun
4. Nutzen von Prüfung und Beratung aus Sicht der Geberorganisationen
 - Dr. Barbara Dutzler, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)
5. Nutzen von Prüfung und Beratung aus der Perspektive der Prüfkunden: Legislative und geprüfte Stellen
 - A.F. Mahlalela, Vorsitzender der Southern Africa Development Community Organisation of Public Accounts Committees (SADCOPAC)
6. Herausforderungen der ORKB bezüglich einer nachhaltigen und effizienten Kommunikation ihrer Prüfungs- und Beratungsergebnisse
 - Jacek Jezierski, ORKB Polen
 - Timothy Bowling, ORKB Vereinigte Staaten von Amerika
7. Kooperation, Kommunikation und Rahmen für die Leistungsbemessung als Grundlage für Wert und Nutzen von ORKB
 - Einar Gørrissen, IDI
 - Pamela Monroe Ellis, ORKB Jamaika
8. Grenze zwischen Prüfung und Beratung der ORKB und begleitender/interner Kontrolle
 - Dr. Harib Saeed Al Amimi, ORKB Vereinigte Arabische Emirate
 - Byung Chul Kim, ORKB Korea

¹ Elektronisch verfügbar als ".pdf":
<http://www.intosai.org/de/veranstaltungen/vnintosai-seminare/chronologie-themen-berichte.html>

9. Zeitnähe von Prüfung und Beratung als Faktor für die Wirksamkeit von ORKB
 - Fuimaono Camillo Afele, ORKB Samoa/Neuseeland
 - Dr. Sergey V. Stepashin, ORKB Russische Föderation
10. Praktiken der Einbindung von BürgerInnen bei Prüfung und Beratung durch ORKB
 - Henrik Berg Rasmussen, ORKB Dänemark
 - Dr. Ramiro Mendoza Zuniga, ORKB Chile
11. Gute Regierungsführung: Schutz öffentlicher Ressourcen zugunsten der BürgerInnen
 - Elia Yi Armstrong, Chief, Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (VN DESA)
 - Margaret Saner, Expertenausschuss für öffentliche Verwaltung der VN (CEPA)
12. Schluss
 - Elia Yi Armstrong, Chief, Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (VN DESA)

Anhang 3: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Technischer Vorsitz:

Indien Hr. A.K. Awasthi

Themenvorsitz:

China Dr. Baohou Sun

Südafrika Hr. Terence Nombembe

VN DESA Hr. Egbert Kaltenbach

Vortragende:

Brasilien Hr. Carlos Alberto Sampaio de Freitas

Chile Dr. Ramiro Mendoza Zuniga

Dänemark Hr. Henrik Berg Rasmussen

GIZ Dr. Barbara Dutzler

IDI Hr. Einar Gørrissen

INTOSAI Dr. Josef Moser

Jamaika Frau Pamela Monroe Ellis

Kamerun Hr. Celestin Mgboa Ankamtsene

Österreich Mag.^a Barbara Prammer
Dr. Michael Spindelegger

Polen Hr. Jacek Jezierski

Republik Korea Hr. Byung Chul Kim

Russische Föderation Dr. Sergey V. Stepashin

SADCOPAC Hr. A.F. Mahlalela

Samoa Hr. Fuimaono Camillo Afele

Vereinigte Arabische Emirate	Dr. Harib Saeed Al Amimi
Vereinigte Staaten von Amerika	Hr. Timothy Bowling
VN CEPA	Frau Margaret Saner
VN DESA	Hr. Wu Hongbo Frau. Elia Armstrong

Teilnehmer:

Albanien	Dr. Bujar Leskaj Hr. Reinald Muça Frau Irena Islami Frau Keida Muça
Aserbaidshan	Hr. Faiq Najafov Frau Amina Abbasova
Bahrain	Hr. Hamza Al Zubair Hr. Hassan Khalifa Al Jalahma
Belarus	Frau Raisa Savritskaya
Belgien	Hr. Philippe Roland Hr. Wim Francois
Bhutan	Dasho Ugen Chewang Dorji Wangchuk
Bolivien	Mag. Gabriel Herbas Camacho Hr. Henry Lucas Ara Pérez
Brasil	Ministro Benjamin Zymler
Brunei Darussalam	Pengiran Haji Abdul Rahman bin Pengiran Haji Mat Salleh Hr. Fakhrol Anwar bin Jasdi Hr. Matali bin Haji Md. Yusof
China	Hr. Zhou Xun Frau Yue Ding Hr. Jiwang Zhao Frau Caiyun Guo Hr. Xiuchun Sun Hr. Binglin Dong
Dominikanische Republik	Mag. Pablo Del Rosario
Europäischer Rechnungshof	Frau Rasa Budbergyte Hr. Tomas Mackevicius
Frankreich	Hr. James Sheppard

Georgien	Hr. Lasha Tordia Hr. Vakhtang Kezheradze Hr. Andro Alavidze Frau Tinatin Genebashvili
Griechenland	Hr. Konstantinos Kostopoulos
Indien	Hr. Kulwant Singh
Indonesien	Hr. Hadi Poernomo Hr. Hendar Ristriawan Hr. Taufiq Supriadi Hr. Bahtiar Arif
Irak	Dr. Abdul Basit Turki Said Hr. Saeed Salman Hr. Mudhar Al-Bayat Hr. Husamuddin Abdulsattar
Jamaika	Frau Icilyn Cooper
Jemen	Dr. Obeid Saad Shreim
Jordanien	Hr. Walid Rahahleh Hr. Ahmad Al Rawashdeh
Kamerun	Frau Fortune Pauline Kane
Kasachstan	Hr. Alexandr Goryainov
Kenia	Hr. Edward R. O. Ouko Frau Nancy Gathungu
Kiribati	Frau Matereta Raiman
Kuwait	Hr. Ahmad Al-Bader Hr. Sulaiman Al-Bussairi
Libanon	Judge Aouny M. Ramadan Judge Ramzi Nahra
Litauen	Hr. Mindaugas Milciunas Frau Giedrė Švedienė
Malediven	Hr. Ibrahim Niyaz Hr. Mohammed Hussain
Malta	Hr. Anthony C. Mifsud Hr. Carmel Deguara

Moldau	Hr. Serafim Urechean Frau Victoria Caldarii Hr. Zangad Ayur Hr. Bilegt Bat-Ulzii
Montenegro	Hr. Milan Dabovic Hr. Branislav Radulovic
Nepal	Frau Bimala Subedi
Niederlande	Frau Saskia J. Stuiveling Frau Hilda van Dijk
Norwegen	Hr. Oivind Berg Larsen
Oman	Shaikh Nassir bin Hilal bin Nasir al Maawali Hr. Nasser Al Hosni Hr. Hilal Al Jabri
Panama	Frau Eyra de Rodríguez
Paraguay	Mag. Oscar Rubén Velázquez Gadea
Polen	Frau Aleksandra Kukula
Republik Korea	Hr. Kyung Ho Kim Hr. Ohbok Kwon
Rumänien	Frau Ioana Boboc Frau Andreea Mihalache
Russische Föderation	Hr. Nikolay Paruzin Hr. Andrey Bazin Hr. Alexander Shishkin
Sambia	Frau Anna O. Chifungula Hr. Ron Mwambwa Frau Ellen Chikale
São Tomé und Príncipe	Hr. José António Monte Cristo
Saudi-Arabien	Dr. Osama Jafar Faqeeh Hr. Rashad Kassim
Schweden	Hr. Peter Rostedt
Senegal	Hr. Mamadou Touré
Slowakei	Frau Lubica Hajduckova
Sri Lanka	Hr. H.A.S. Samaraweera Hr. Chulantha Wickramaratne

St. Vincent und die Grenadinen	Frau Dahalia Sealey
Sudan	Hr. El Tahir Abdelghayoum Ibrahim Malik Hr. Abdallah Haj Mohamed Hamid
Tschechische Republik	Frau Michaela Rosecká Hr. Jiri Kalivoda
Türkei	Dr. Recai Akyel Dr. Haci Ömer Köse
Ukraine	Hr. Taras Prytula Hr. Roman Maguta
UNDP	Frau Annie Demirjian
Ungarn	Hr. László Domokos Frau Erzsébet Németh
UNODC	Hr. Dimitri Vlassis
UNODC	Frau Candice Welsch
Uruguay	Dr. Alvaro Ezcurra
Vereinigte Arabische Emirate	Frau Sumaya Abdulla Al Marzooqi Hr. Hanan Al Zaabi Hr. Khalid Hamid
Vereinigte Staaten von Amerika	Frau Muriel Forster
Vietnam	Hr. Phu Tho Hoang Hr. Viet Hung Nguyen Hr. Tien Dung Dinh Hr. Hong Long Nguyen Hr. Quang Toan Pham
VN DESA	Hr. Haitian Lu
Zypern	Frau Chrystalla Georghadji

Generalsekretariat der INTOSAI

Dr. Josef Moser
Mag. Helga Berger
Dr. Robert Sattler
Mag. Monika Gonzalez-Koss

Tagungsbüro

Mag. Bernhard Seitz
Frau Renate Vochedalek
Mag. Herbert Baumgartner
Frau Gabriele Eger
Frau Manuela Ernst
Mag. Sandra Fuchs
Mag. Elfriede Hammelmüller
Frau Elisabeth Kreith
Frau Andrea Lövenberger, MA
Frau Elisabeth Müller